



# MEDIENINFORMATION

**SPERRFRIST: keine**

## **Agglomerationsprogramm Nidwalden schneidet gut ab**

***Der Bund hat das Agglomerationsprogramm Nidwalden geprüft und will ausgewählte Massnahmen mit einem Beitragssatz von 40 Prozent unterstützen. Dies geht aus der Vernehmlassung zur Verteilung der Bundesgelder für die Agglomerationsprogramme der 2. Generation hervor, welche nun eröffnet ist.***

35 Städte und Agglomerationen sollen vom Bund ab 2015 rund 1.6 Mrd. Franken aus dem Infrastrukturfonds zur Verbesserung ihrer Verkehrsinfrastrukturen erhalten. Je nach Kosten-Nutzenverhältnis entspricht der Bundesbeitrag 30 bis 40 Prozent der Investitionskosten. Gemäss dem Vernehmlassungsbericht zum Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel für das Programm Agglomerationsverkehr beantragt der Bundesrat dem eidgenössischen Parlament, das Agglomerationsprogramm Nidwalden aufgrund seiner Programmwirkung (Kosten/Nutzen-Verhältnis) mit einem Beitragssatz von 40 Prozent zu unterstützen. Demnach sollen die A-Massnahmen, deren Umsetzung zwischen 2015 und 2018 vorgesehen ist, mit rund 3.37 Mio. Franken mitfinanziert werden. Für B-Massnahmen (Umsetzung 2019-2022) sind 7.7 Mio. Franken vorgesehen.

## **Starke Priorisierung notwendig**

Im Rahmen des Prüfprozesses hat der Bund 41 Agglomerationsprogramme der 2. Generation geprüft. Insgesamt haben die Agglomerationen eine Mitfinanzierung für Massnahmen von rund 20 Mrd. Franken beantragt. Dies entspräche, je nach Beitragssatz, Bundesmitteln von ca. 6 bis 10 Mrd. Franken. Im Infrastrukturfonds stehen jedoch nur noch 1.93 Mrd. Franken für die Agglomerationsprogramme der 2. und 3. Generation zur Verfügung. Aufgrund dieser Ausgangslage (5-mal grösserer Bedarf als verfügbare Mittel) hat der Bund mehrmals betont, dass eine starke Priorisierung notwendig ist und nur die dringendsten, baureifsten und wichtigsten Projekte unterstützt werden können.

Auch die Massnahmen des Agglomerationsprogramms Nidwalden wurden vom Bund anhand verschiedener Kriterien beurteilt. Dabei wurden einige Massnahmen umpriorisiert, das heisst beispielsweise von der A- in die B-Liste verschoben oder aufgrund ihrer lediglich lokalen Wirkung und der für die Agglomeration trag-

baren Kosten als Eigenleistungen, für die keine Mitfinanzierung vorgesehen ist, klassiert.

### **Stellungnahme zum Bundesbeschluss**

Die Agglomerationen können im Rahmen der Vernehmlassung von Juli bis Oktober 2013 zum Entwurf des Bundesbeschlusses Stellung nehmen. Der Kanton Nidwalden als Träger des Agglomerationsprogramms sowie die Gemeinden werden die Vernehmlassungsunterlagen prüfen und eine entsprechende Stellungnahme zuhanden des Bundes ausarbeiten. Dabei werden sie darauf hinwirken, die Umpriorisierung beziehungsweise Umklassierung einzelner Massnahmen rückgängig zu machen. Voraussichtlich im Frühling 2014 wird der Bundesrat dem Bundesparlament in einer Botschaft beantragen, wie die für die Agglomerationen vorgesehen Mittel aus dem Infrastrukturfonds verteilt werden sollen.

### **Umsetzung der Massnahmen wird vorangetrieben**

Seitens der zuständigen kommunalen und kantonalen Behörden sind die Vorbereitungen für die Umsetzung der Massnahmen ab 2015 in Arbeit (Erarbeitung Vorprojekte, Sicherstellung Finanzierung etc.). In diesem Sinne wird der Stand der Planung und Realisierung sämtlicher Massnahmen des Agglomerationsprogramms Nidwaldens regelmässig mittels eines Planungs- und Umsetzungsprogramms ermittelt. Im Juni 2013 fanden diesbezüglich wieder bilaterale Gespräche zwischen der Baudirektion und den Gemeinden statt. Zudem haben die Gemeinden im Agglomerationsperimeter sowie die Gemeinde Hergiswil und der Nidwaldner Regierungsrat im Oktober 2012 einen Zusammenarbeitsvertrag unterzeichnet. Darin haben sich die Vertragsparteien bereit erklärt, die im Agglomerationsprogramm Nidwalden enthaltenen Massnahmen umzusetzen, soweit dies in ihrer Kompetenz liegt.

Hinweis: Die Vernehmlassungsunterlagen zum Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel für das Programm Agglomerationsverkehr finden Sie hier:

<http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html#UVEK>

### **RÜCKFRAGEN**

Regierungsrat Hans Wicki, Baudirektor, Telefon 041 618 72 00, erreichbar für Rückfragen am Donnerstag, 4. Juli 2013, von 11.00 bis 11.45 Uhr.

Stans, 4. Juli 2013